

Antrag

der Abgeordneten Frank Schwabe, Dirk Becker, Gerd Bollmann, Marco Bülow, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Ute Vogt, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Vorschlag der EU-Kommission zum Klimaschutz im Kraftstoffbereich unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Vorschlag der EU-Kommission für eine Konkretisierung von Artikel 7a der EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie zu unterstützen;
- sich bei anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass diese ebenfalls den Vorschlag der EU-Kommission unterstützen.

Berlin, den 24. April 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Am 23. April 2009 wurde die EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie (2009/30/EG) verabschiedet, in der EU-weite Standards für Kraftstoffe festgelegt wurden. Bei dieser Novelle wurde in Artikel 7a festgelegt, dass Kraftstofflieferanten die Emissionen ihrer Kraftstoffe um 6 Prozent bis 2020 gegenüber 2010 senken müssen. Dieses Minderungsziel im Treibstoffsektor soll mithelfen, das europäische Klimaschutzziel zu erreichen, das 2008 verabschiedet wurde. Die EU hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2020 ihre Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Der Verkehrsbereich muss seinen Beitrag zur Zielerreichung leisten. Neben effizienteren Fahrzeugen bieten auch die verwendeten Kraftstoffe Möglichkeiten zur Einsparung von Treibhausgasen.

Nach der Verabschiedung der Richtlinie müssen noch wichtige Details geregelt werden. In der Kraftstoffqualitätsrichtlinie wird die EU-Kommission aufgefordert, Regelungen für technische Details vorzulegen. Dies geschieht in einem sogenannten Komitologieverfahren. Im Oktober 2011 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag vorgelegt, wie die Treibhausgasemissionen fossiler Treibstoffe berechnet werden sollen. Dabei soll die Ökobilanz von der Förderung bis zur Verbrennung berücksichtigt werden. Da die Herstellung von Kraftstoffen aus

Teersanden und Ölschiefer zu den klimaschädlichsten Varianten der Kraftstoffherstellung gehört, entstehen bei dieser Art der Förderung höhere CO₂-Emissionen als bei der konventionellen Ölförderung. Nach Berechnungen der Stanford University für die EU-Kommission liegt der Standardwert für Kraftstoffe aus Teersanden bei 107 Gramm CO_{2eq} je Megajoule, für Kraftstoffe aus konventioneller Ölförderung bei 87,5 Gramm CO_{2eq} je Megajoule. Der Wert für Teersande basiert auf dem Industriedurchschnitt für die Produktion von Teersanden, die in Raffinerien in der EU verarbeitet werden können.

Kraftstoffe aus unkonventioneller Förderung wie aus Teersanden oder Ölschiefer haben nicht nur eine schlechte Klimabilanz, sondern führen auch zur großflächigen Entwaldung und Bodenzerstörung in den Fördergebieten. In Kanada befinden sich die größten Reserven für Teersande. Der dortige Abbau zerstört große Flächen vom borealen Primärwald. Die Förderung ist auch sehr wasserintensiv und geht mit einer großflächigen Wasser- und Luftverschmutzung einher. Die Debatte um die Behandlung von Teersanden wird daher nicht nur in der EU geführt. In Kanada gibt es Proteste, vor allem von indigenen Gruppen, gegen die Northern Gateway Pipeline, die von Alberta aus an die kanadische Westküste führen und den Ölexport nach Asien ermöglichen soll. Die Genehmigung dieser Pipeline verzögert sich. Im November 2011 stoppte US-Präsident Barack Obama vorerst den Bau der Keystone XL Pipeline. Diese Pipeline soll Öl aus Teersanden aus der kanadischen Provinz Alberta bis zu den Raffinerien im US-Bundesstaat Texas führen. Im US-Bundesstaat Kalifornien sollen Treibstoffsorten bestimmte Emissionswerte zugeordnet werden. Der kalifornische Low Carbon Fuel Standard ähnelt dabei der europäischen Kraftstoffqualitätsrichtlinie.

Über den Vorschlag der EU-Kommission zur Umsetzung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie sollte am 23. Februar 2012 im Fuel Quality Committee abgestimmt werden. Das Fuel Quality Committee setzt sich aus Experten der Mitgliedstaaten zusammen. Dieses Gremium konnte sich nicht auf eine Bewertung der Energieträger einigen. Staaten wie Großbritannien und Deutschland enthielten sich der Stimme. Nun müssen die EU-Umweltminister über die Bewertung von Teersand entscheiden. Für den europäischen Klimaschutz ist es wichtig, dass der Vorschlag der EU-Kommission nicht verwässert oder verhindert wird. In dieser Diskussion ist die Haltung Deutschlands entscheidend. Die Bundesregierung muss daher den Vorschlag der EU-Kommission unterstützen.